

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

24. Februar 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Bei einem Überfall der Taliban auf den Konvoi des Präsidentschaftskandidaten und früheren Außenminister Abdullah Abdullah am 19.02.14 wurde in einem Feuergefecht ein Polizist verletzt. Der Überfall ereignete sich im Distrikt Sarobi der Provinz Kabul.

Am 23.02.14 griffen Taliban einen Außenposten des afghanischen Militärs in der Provinz Kunar (Distrikt Ghaziabad, nahe der pakistanischen Grenze) an. Dabei kamen mindestens 21 Soldaten und Dutzende Aufständische um. Nach Angaben der Taliban wurden mehrere Soldaten gefangengenommen.

Bundestag stimmt Verlängerung des ISAF-Mandats zu

Am 21.02.14 stimmte der Bundestag einer letztmaligen Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan zu.

Pakistan

Offensive gegen Taliban

Seit dem 19./20.02.14 bombardiert die pakistanische Luftwaffe mutmaßliche Taliban in den Stammesgebieten in Nordwaziristan. Exakte Zahlen über Opfer liegen nicht vor. Nach Militärangaben sollen mindestens 38 Taliban getötet worden sein. Der Militäreinsatz dauert noch an. Beobachter vermuten, dass sich der Militäreinsatz gegen die Verantwortlichen für die Anschläge auf ein Kino in Peshawar und einen Polizeibus in Karachi (vgl. BN v. 02.02.14 und 17.02.14) sowie für die Ermordung eines Armee-Offiziers richteten. Eine Wiederaufnahme der angebahnten Friedensverhandlungen mit den Taliban scheint damit in nächster Zeit unwahrscheinlich. Die Gespräche wurden schon am 17.02.14 eingestellt, nachdem bekannt wurde, dass die Taliban 23 entführte Soldaten getötet hatten.

Anschläge

Am 22.02.14 wurde der lokale Führer der Qaumi-Watan-Partei im Distrikt Buner (Provinz Khyber-Pakhtunkhwa) zusammen mit zwei weiteren Personen bei einem Bombenanschlag getötet.

Am 23.02.14 starben in der nordwestpakistanischen Stadt Kohat (Provinz Khyber-Pakhtunkhwa) bei einem Bombenanschlag an einer Bushaltestelle mindestens zwölf Menschen. Der Ort der Explosion lag in der Nähe einer Polizeistation und anderer Regierungsgebäude.

Irak

Sicherheitslage

Nach wie vor kommt es in Irak täglich zu Anschlägen. Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im Februar 2014 bisher 708 Menschen getötet. So kamen am 18.02.14 in der Stadt Hilla und umliegenden Ortschaften (Provinz Babil) 35 Menschen ums Leben, als sieben Autobomben explodierten. In Bagdad gab es 14 Todesopfer in einem überwiegend von Schiiten bewohnten Stadtviertel. Am 22.02.14 starben bei einem

Angriff auf eine Polizeiwache in Tikrit (Provinz Salahaddin) mindestens fünf Polizisten. Am 23.02.14 kamen mindestens 17 Menschen bei Anschlägen ums Leben.

Nach einem UN-Bericht vom 20.02.14 ist die Stadt Fallujah noch unter Kontrolle von Extremisten. Berichten zufolge sollen sich die Auseinandersetzungen zwischen den irakischen Sicherheitskräften und Extremistengruppen auf Sulayman Bek und Al-Tooze in der Provinz Salahaddin ausbreiten. Aus Al-Tooze sollen mehr als 400 Familien in sicherere Regionen geflohen sein.

Syrien

Syrien-Resolution verabschiedet

Nach monatelangen Verhandlungen verabschiedete der UN-Sicherheitsrat am 22.02.14 eine Resolution, in der der syrische Präsident Assad aufgefordert wird, landesweit humanitäre Hilfe zuzulassen und Hilfsorganisationen Zugang zu gewähren. Außerdem wird ein sofortiges Ende der Angriffe auf Zivilisten verlangt sowie eine sofortige Aufhebung der Belagerung von Städten. Flächenbombardements und Fassbomben werden geächtet, da sie hauptsächlich Zivilisten treffen.

Anschlag auf Krankenhaus

Am 23.02.14 wurden bei einem Autobombenanschlag auf ein privates Krankenhaus in der syrischen Rebellenhochburg Atme (nahe der türkischen Grenze) mindestens 14 Menschen getötet und 70 verletzt, darunter Ärzte, Krankenschwestern und Patienten. Das Krankenhaus gehört der Orient-Stiftung, einem Hilfsverband des Geschäftsmanns Ghassan Abbud, der die Opposition unterstützt. Zu dem Anschlag bekannte sich bisher niemand. Der Ort Atme wird momentan von einer losen Koalition islamistischer Rebellen kontrolliert, darunter die Jabhat al-Nusra (al-Nusra-Front) und die Islamische Front, die vor ca. zwei Monaten die Kämpfer der Gruppierung Islamic State of Iraq and Levante (ISIL) vertrieben hatten.

Libanon

Doppelanschlag in Beirut/Anschlag in Hermel

Bei einem Doppelanschlag auf das Kulturzentrum der Islamischen Republik Iran in Beirut, im Viertel Bir Hassan am südlichen Stadtrand, kamen am 19.02.14 mindestens drei Personen ums Leben, etwa 40 wurden verletzt. Zu dem Anschlag bekannten sich die sunnitischen Extremisten Abdullah-Azzam-Brigaden, die als Grund für den Anschlag die Unterstützung Irans für den syrischen Präsidenten Assad nannten. Es handelte sich seit Juli 2013 um das neunte Attentat in einer Hochburg der schiitischen Hizbollah im Libanon, die wie Iran, die syrische Regierung im Bürgerkrieg unterstützt.

Bei einem Selbstmordanschlag auf eine Armeeabspernung in Hermel im Bekaa-Tal, etwa 10 km von der syrischen Grenze, wurden am 22.02.14 mindestens drei Menschen getötet, darunter zwei Soldaten und ein Zivilist. Zum Anschlag bekannte sich die islamistische Gruppierung Jabhat al-Nusra (al-Nusra-Front), die einen ähnlichen Anschlag in Hermel am 01.02.14 verübt hatte.

Iran

Reformerzeitung nach Kritik an islamischem Recht verboten

Die reformorientierte Tageszeitung „Aseman“ (Himmel) ist nur fünf Tage nach ihrer Erstausgabe verboten worden. Das Blatt dürfe nicht weiter erscheinen, weil in einem Artikel das islamische Recht verunglimpft worden sei, erklärte die Staatsanwaltschaft am 20.02.14 auf ihrer Internetseite. In dem Bericht war das in Iran geltende Rechtsprinzip der Vergeltung für Familien von Opfern als „unmenschlich“ kritisiert worden. Der Chefredakteur der Zeitung, Abbas Bosorgmehr, wurde nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Irna wegen „Beleidigung islamischer Heiligkeiten“ festgenommen und in das Teheraner Evin-Gefängnis gebracht. Zuvor hatte Bosorgmehr sich für den Bericht entschuldigt. Das Wort „unmenschlich“ sei durch einen Fehler in den Text gelangt, obwohl er es bereits gestrichen hatte.

Zunahme von Hinrichtungen

In Iran sind nach UN-Angaben seit Anfang Januar bereits 80 Menschen hingerichtet worden. Andere Quellen sprechen von 95 bzw. über 100. Damit gab es 2014 wesentlich mehr Exekutionen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die meisten Vollstreckungen erfolgen wegen Drogendelikten.

Wieder diplomatische Beziehungen mit Großbritannien

Nach über zwei Jahren haben Großbritannien und Iran wieder direkte diplomatische Beziehungen aufgenommen. Beide Länder hatten ihre Beziehungen im November 2011 abgebrochen. Grund war die Erstürmung der britischen Botschaft in Teheran durch regierungsnahen Demonstranten, die gegen die Verhängung weiterer Sanktionen wegen des iranischen Atomprogramms protestierten.

Türkei

Internetgesetz

Am 19.02.14 unterzeichnete der türkische Präsident Abdullah Gül trotz nationaler und internationaler Kritik das Gesetz zur Verschärfung der Internetkontrolle, welches das türkische Parlament am 05.02.14 verabschiedet hatte (s. BN v. 10.02.14). Das Gesetz ermöglicht die Sperrung von Internetseiten auch ohne richterlichen Beschluss beim Verdacht auf beleidigende, diskriminierende oder die Privatsphäre verletzende Inhalte. Gül erklärte, dass Teile des Gesetzes abgeschwächt werden sollen. So sei auf Vorschlag von Ministerpräsident Erdogan inzwischen eine Vorabinformation der Justiz mit Möglichkeit zur Stellungnahme geplant.

Am 21.02.14 löste die türkische Polizei eine Demonstration von Gegnern des Gesetzes in Istanbul gewaltsam auf. Sie ging mit Tränengas, Wasserwerfern und Gummigeschossen gegen mehrere Hundert Protestierende vor. Aus den Reihen der Demonstranten wurden Steine und Feuerwerkskörper geworfen.

Sondergerichte abgeschafft

Am 20.02.14 verabschiedete das türkische Parlament einen weiteren Schritt in der Justizreform und schaffte die bisherigen Sondergerichte für schwere politische Straftaten ab. Die anhängigen Verfahren werden an Schwurgerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit übergeben. Das Gesetzespaket reduziert zudem die maximale Untersuchungshaftzeit von siebeneinhalb auf fünf Jahre und erschwert gerichtlich genehmigte Telefonüberwachung bei Ermittlungen. Die abgeschafften Sondergerichte waren in den vergangenen Jahren insbesondere wegen der Mammutprozesse gegen ranghohe Militärs in die Kritik geraten.

Ägypten

Islamisten stellen Urlaubern Ultimatum

Die Gruppe Ansar Bait al-Makdis, die sich zu dem tödlichen Anschlag auf einen Touristenbus am 16.02.14 bekannt hat, droht mit neuen Anschlägen und stellte Ausländern ein Ultimatum zum Verlassen des Landes bis 20.02.14. Ansar Bait al-Makdis stelle eine Bedrohung für Touristen dar, warnte Ägyptens Ministerpräsident Hasem al-Beblawi. Die Gruppierung gilt derzeit als aktivste Islamisten-Organisation in Ägypten. Sie hat damit gedroht, die von Militärchef Abdel Fattah al-Sissi eingesetzte Übergangsregierung zu stürzen.

Libyen

Wahl zum Verfassungsrat

Am 20.02.14 fand die Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung statt. Von den rund 3,3 Millionen Wahlberechtigten hatten sich etwa 1,1 Millionen für die Wahl registrieren lassen, von denen nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Lana etwa 45 % zu den Urnen gingen. Der 60-köpfige Verfassungsrat hat bis Ende Mai Zeit, erstmals eine Verfassung auszuarbeiten, über die dann per Referendum abgestimmt wird. Die Wahl war Drohungen und Störversuchen radikaler Islamisten ausgesetzt.

Mauretanien

Neues Kabinett

Mauretaniens Premierminister Laghdaf hat am 14.02.14 in Nouakchott das neue Kabinett vorgestellt. Acht Minister wurden entlassen, elf neue berufen, darunter sechs Frauen. Nach der zweiten Runde der Parlamentswahlen am 21.12.13 kommt die regierende Union für die Republik (UPR) von Staatspräsident Mohamed Ould Abdel Aziz auf 74 der 147 Sitze. Inklusiv der verbündeten Parteien stellt die UPR 108 Abgeordnete. Die Opposition hält 37 Sitze. Bei den gleichzeitigen Kommunalwahlen konnte die UPR 154 der 218 Gemeinden des Landes für sich gewinnen.

Nigeria

Boko Haram: Viele Tote bei Angriff auf Bama

Etwa um 4:30 Uhr am 19.02.14 griffen mutmaßliche Anhänger der islamistischen Organisation Boko Haram die Stadt Bama (Sitz der Bama Local Government Area, LGA) im nordöstlichen Bundesstaat Borno an. Bei der bis gegen 12 Uhr andauernden Attacke sollen laut Angaben des Vorsitzenden der LGA 80 Menschen, nach Angaben des Führers der örtlichen zivilen Miliz zur Bekämpfung der Boko Haram 98 Menschen getötet worden sein. Zudem wurden über 500 Gebäude, darunter der Palast des traditionellen Herrschers der Stadt, des Shehu von Bama, in Brand gesetzt. Erst als ein Armeehubschrauber kam, zogen sich die Angreifer zurück.

Neue Drohungen des Boko Haram Anführers

In einem am 19.02.14 veröffentlichten 28-Minuten-Video bekannte sich der Anführer der Boko Haram, Abubakar Shekau, zur Tötung des islamischen Klerikers und Führers der Salafistischen Bewegung in Nigeria, Sheikh Adam Albani am 01.02.14. Zugleich kündigte er eine Ausweitung des Krieges der Islamisten auf ganz Nigeria an, indem er mit Anschlägen auf Erdö raffinerien im südnigerianischen Niger-Delta drohte. Als weitere Anschlagziele nannte er pauschal Christen, Anhänger von Demokratie und westlicher Bildung sowie Schulen. Namentlich bedrohte er u.a. mit Anschlägen: Nigerias Präsident Goodluck Jonathan, UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, die britische Königin Elisabeth II, den prominenten nigerianischen Politikern Buhari, Babangida und Atiku sowie dem hohen islamischen Führer Ado Bayero, Shehu von Borno.

Südsudan

Erneut Kampfhandlungen in Malakal

Am 18.02.14 haben Rebellen erstmals seit dem am 23.01.14 in Addis Abeba ausgehandelten Waffenstillstandsabkommen eine Großoffensive gegen eine strategisch bedeutende Stadt unternommen und die Hauptstadt der ölreichen Upper-Nile-Region, Malakal, angegriffen. Den Regierungstruppen gelang es, die Stadt zu halten. Malakal war im Dezember 2013 von Rebellen erobert und im Januar 2014 von Regierungstruppen zurückerobert worden.

Somalia

Angriff auf Präsidentenpalast

Am 21.02.14 verübte die Al-Shabaab einen Angriff auf den Präsidentenpalast in Mogadischu. Der Angriff begann mit der Detonation einer Autobombe vor dem Eingang. Danach stürmten 15 bis 20 Bewaffnete das Gelände. Bei dem Angriff kamen mindestens 17 Menschen ums Leben, darunter sollen acht Angreifer und sieben Soldaten sein. Der Präsident blieb unverletzt. Er war mit einer Gruppe Vertrauter unterwegs zur Freitagsmesse, als der Angriff geschah.

Zentralafrikanische Republik

Uno fordert 3.000 weitere Soldaten

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon rief die Staatengemeinschaft auf, mindestens 3.000 weitere Soldaten zum Schutz der Bevölkerung in die Zentralafrikanischen Republik zu entsenden. Es handele sich um eine Übergangsmaßnahme, bis ein Blauhelmkontingent entsandt werden könne.

In der Zentralafrikanischen Republik herrschen weiterhin Chaos und Gewalt. Nach Human Rights Watch begünstigen tschadische Friedenstruppen die Bewegungen bewaffneter Seleka-Anführer. Muslime, die von Bangui nach Kamerun (650 km) flüchten, müssen Straßenblockaden überwinden und laufen Gefahr, von Angreifern getötet zu werden.

Uganda

Präsident will Strafgesetz zur Homosexualität unterzeichnen

Nach Angaben seines Regierungssprechers will Präsident Yoweri Museveni am 24.02.14 ein Gesetz zur härteren Bestrafung homosexueller Handlungen in Kraft setzen. Homosexuelle Handlungen können mit 14 Jahren Gefängnis oder bei schwereren Fällen mit lebenslanger Haft bestraft werden. Von Todesstrafen wurde aufgrund internationaler Kritik abgesehen.

Äthiopien

Menschenrechtsverletzungen bei Zwangsumsiedlungen

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch begeht die Regierung bei der Zwangsumsiedlung zehntausender Bauern im Omo-Tal (im Südwesten) schwere Menschenrechtsverletzungen. „Die Staatssicherheit hat Menschen, die nicht umsiedeln wollen, mehrfach bedroht, angegriffen oder willkürlich festgenommen, heißt es. Zweck der Umsiedlungen sei es, Land für ausländische Agrarinvestoren zu schaffen. Praktisch das gesamte Tal“ werde zur Anbaufläche, erklärte die Organisation am 19.02.14 unter Berufung auf Beobachtungen aus aktuellen Satellitenaufnahmen. Die Regierung weist alle Vorwürfe zurück und bezeichnet das Umsiedlungsprogramm als „freiwillig“. Die Betroffenen würden in ihren neuen Siedlungsgebieten u.a. einen besseren Zugang zu medizinischer Versorgung und zum Bildungssystem erhalten.

Georgien

Fünf Jahre Haft für früheren Innenminister Georgiens

Der frühere Innenminister und zeitweilige Regierungschef, Wano Merabischwili, ist am 17.02.14 zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Das Stadtgericht von Kutaissi sah es als erwiesen an, dass sich der 45-jährige Jurist des Amtsmissbrauchs, der Veruntreuung von Staatsgeldern und der Bestechung schuldig gemacht habe. Die Verteidigung kündigte Berufung an. Mitstreiter aus seiner Partei, der „Vereinigten Nationalbewegung“, sprachen von einem politisch motivierten Urteil und einer Abrechnung mit ehemaligen Regierungsvertretern aus der Amtszeit des im November 2013 regulär aus dem Amt geschiedenen Präsidenten Michail Saakaschwili.

Merabischwili saß seit Mai 2013 in Untersuchungshaft. Das einstige politische Schwergewicht ist bis jetzt die ranghöchste Person, die im Zuge der Ermittlungen gegen ehemalige Regierungsmitglieder seit dem Machtwechsel im Oktober 2012 verurteilt worden ist. Saakaschwilis Partei „Vereinigte Nationalbewegung“ hatte nach acht Jahren ihre Mehrheit bei den Parlamentswahlen an die Koalition „Georgischer Traum“ des Milliardärs Bidsina Iwanischwili verloren. Das Vorgehen der Justiz ist nicht unumstritten. Die EU und die USA mahnten schon mehrmals zur Zurückhaltung bei Ermittlungen gegenüber früheren Vertrauten von Ex-Präsident Michail Saakaschwili.

Ukraine

Präsident Janukowitsch abgesetzt

Sah es am 17.02.14 noch nach einer Entspannung der innenpolitischen Lage aus, eskalierten am Abend desselben Tages die erneut ausbrechenden Kämpfe zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten. Die Polizei und Spezialeinheiten der Sicherheitskräfte machten gezielt von der Schusswaffe Gebrauch, wodurch über 60

Demonstranten getötet wurden. Auch die Sicherheitskräfte hatten Tote zu beklagen. Am 20.02.14 beruhigte sich die Lage wieder, Präsident Janukowitsch erklärte den „Anti-Terror-Einsatz“ für beendet und kündigte vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an. Doch immer mehr zeigte sich, dass Janukowitsch nach dem rücksichtslosen Vorgehen der Sicherheitskräfte massiv an politischem Rückhalt verloren hatte. Das ukrainische Parlament erklärte am 22.02.14 Präsident Janukowitsch für abgesetzt. Noch am selben Tag wurde seine größte politische Konkurrentin, die frühere Ministerpräsidentin Julia Timoschenko, aus der Haft entlassen. Janukowitsch soll mittlerweile das Land verlassen haben und untergetaucht sein.

Das ukrainische Parlament hat am 23.02.14 Alexander Turtschinow zum Übergangspräsidenten bestimmt. Der Vertraute der aus der Haft entlassenen Ex-Ministerpräsidentin Timoschenko war erst am 22.02.14 an die Spitze des Parlaments gewählt worden. Das Parlament enthob außerdem Außenminister Leonid Koschara des Amtes, einen engen Vertrauten des abgesetzten Präsidenten Janukowitsch. Nach dem politischen Umsturz in der Ukraine möchte die Opposition zügig alle wichtigen Posten besetzen. Bis zum 25.02.14 soll die Übergangsregierung dann komplett stehen und am 25.05.14 sollen Neuwahlen in der Ukraine stattfinden.

Nach dem Sturz des Präsidenten Janukowitsch droht ein Staatsbankrott. Turtschinow machte Janukowitsch und dessen früheren Regierungschef Mykola Asarow für die desolate Lage verantwortlich. Diese hätten das Land ruiniert. Hinzu käme, dass die russische Regierung finanzielle Hilfszahlungen an die Ukraine zurückhalten würde. Die EU und die USA sicherten inzwischen schnelle finanzielle Hilfe für das Land zu.

Indien

Keine Vollstreckung der Todesurteile für Mörder von Rajiv Gandhi

Indiens Oberster Gerichtshof hat die Todesstrafen für drei Mörder des früheren Regierungschefs Rajiv Gandhi in lebenslange Haftstrafen umgewandelt. Bei dem Bombenanschlag wurden 1991 insgesamt 18 Menschen getötet. Als Grund nannten die Richter den unzumutbaren Zustand, dass die Gnadengesuche der Verurteilten elf Jahre nicht bearbeitet worden sind. Bereits im Januar hatte das Gericht in einem Grundsatzurteil entschieden, dass bei „unzumutbaren, unangemessenen und langwierigen Verzögerungen“ eine Todesstrafe nicht vollstreckt werden dürfe.

Gandhi war im Mai 1991 bei einem Wahlkampfauftritt im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu von einer Selbstmordattentäterin getötet worden. 26 Mittäter erhielten dafür die Todesstrafe, die meisten dieser Urteile wurden allerdings später aufgehoben. In Indien sitzen etwa 500 Menschen in Todeszellen. Nachdem jahrelang keine Todesurteile mehr vollstreckt worden waren, ist es seit November 2012 in sehr seltenen Fällen wieder zu Exekutionen gekommen.

Sieben maoistische Rebellen getötet

Bei einem Feuergefecht zwischen Polizei und maoistischen Rebellen im westindischen Staat Maharashtra sind mindestens sieben Aufständische getötet worden. Die Maoisten kämpfen nach eigener Aussage für die Rechte der armen Landbevölkerung. Die indische Regierung bezeichnet die Linksextremisten als die größte innere Bedrohung. Der Kampf der Aufständischen hat seit 2005 mehr als 6.000 Menschenleben gefordert, unter den Opfern waren auch Zivilisten und Sicherheitskräfte.

China

18

Zur Situation der Ehefrau des inhaftierten Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo

Seit Liu Xiaobo, der 2009 zu einer elfjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, 2010 der Friedensnobelpreis zuerkannt wurde, steht dessen Frau Liu Xia in ihrer Wohnung in Peking unter strengem Hausarrest. Ihre seit längerer Zeit angegriffene Gesundheit soll sich weiter verschlechtert haben, nicht zuletzt seit ihr Bruder Liu Hui im Juni 2013 wegen Betruges zu elf Jahren Haft verurteilt wurde (vgl. auch BN v. 10.06.13). Beobachter gehen von politischen Motiven für die Verurteilung aus. Nachdem ein Krankenhaus in Peking ihre Behandlung ohne Angabe von Gründen abgebrochen hatte und Behörden eine Ausreise für eine medizinische Behandlung im Ausland verweigert hatten, befindet sich Liu Xia seit vergangener Woche in einem anderen Krankenhaus.

Nordkorea

Familientreffen zwischen Nord- und Südkorea

Angehörige von 150 Familien, meist ältere Menschen, dürfen sich erstmals seit Jahrzehnten vom 20. bis 25.02.14 wiedersehen. Die Südkoreaner müssen dafür in das Mount Kumgang Resort nach Nordkorea reisen.